

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

267 (15.11.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 2,50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 2,85 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Ablagen abgeholt 2,15 M monatlich. Einzelnummern 10 M.

Ausgabe: Mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonialsache 22.-M, auswärts 27.-M. Die Kolonialsache 80.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Rücktritt des Kabinetts Wirth

Berlin, 14. Nov. (Sonderbeilage.) Nachdem die sozialdemokratische Fraktion heute abend mitgeteilt hatte, daß sie in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht eintreten werde, hat das Reichskabinett beschlossen, durch den Reichskanzler dem Reichspräsidenten seine Demission einzubringen. Der Reichskanzler hat in seiner Abendstunde dem Reichspräsidenten die Demission des Kabinetts mitgeteilt. Der Reichspräsident hat die Demission angenommen.

Der Standpunkt der Sozialdemokratie

Berlin, 14. Nov. Im Anschluß an die gestrige kurze Reichstagsberatung traten die Fraktionen des Reichstags zusammen, um sich mit der von den bürgerlichen Parteien angebotenen Regierungsbildung zu befassen. Das Zentrum beschloß einstimmig, die große Koalition zu fordern, das gleiche verlangten die Demokraten, die als Partei der Konsequenz zweifellos aufrichtiger unter dem Druck der Volkspartei bei ihrer Beschlußfassung gestanden hat. Der Reichskanzler schloß sich den Forderungen der bürgerlichen Parteien ausdrücklich an und erklärte Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion, daß es in dieser Situation nur zwei Wege gebe, entweder Verwirklichung der großen Koalition oder Rücktritt des Kabinetts Wirth. Vier Stunden lang beschäftigte sich die Fraktion dann mit der entscheidenden Taktik der bürgerlichen Parteien. Sie sah gegen eine einzige Stimme folgenden Beschluß:

„Die Fraktion erklärt, daß sie an der Forderung der Stabilisierung der Mark, als der wichtigsten Forderung der inneren und auswärtigen Politik festhält und nur ein Kabinett unterstützen kann, das diese Politik konsequent verfolgt. Sie erkläre in der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Garantie für die Durchführung der Stabilisierungsaktion und damit für die Förderung der endgültigen Lösung des Reparationsproblems.“

Ein Brief der Deutschen Volkspartei

Nach dem obigen Beschluß gefaßt war, hatte die Deutsche Volkspartei folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet: „Unter Bezugnahme auf die von Ihnen mit Vertretern unserer Fraktion am Samstag, 11. Nov. geführten Verhandlungen teile ich im Auftrage unserer Fraktionsvorstände folgendes mit:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat niemals Zweifel darüber gelassen, daß sie bereit ist, die Kräfte der Partei für ein positives Zusammenwirken auf breiter Basis zur Verfügung zu stellen, wenn eine Übereinstimmung über die Grundlagen der Außenpolitik, über die angelegentlich der jetzigen Situation nötigen wirtschaftlichen Maßnahmen und über die innerpolitischen Fragen erzielt werden. Auf dieser Grundlage sind die Verhandlungen gefaßt worden, die innerhalb der Arbeitsgemeinschaft und mit der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 204, erfolgen wir, daß die Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion bei den vor unserem Zusammensein geführten Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß nach ihrer Auffassung ein gemeinsames Programm mit der Deutschen Volkspartei und damit die große Koalition unmöglich sei.“

Diese Haltung der Vertreter der Sozialdemokratie war uns bei den mit Ihnen, Herr Reichskanzler, geführten Verhandlungen nicht bekannt geblieben. Wir hätten Ihnen sonst bereits bei diesen Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Benennung von Persönlichkeiten bei der Besetzung wichtiger Ämter in einem unzulässigen Reichsministerium von uns abgelehnt werden müßte, wenn diese von uns vorgeschlagenen Persönlichkeiten nicht gemäßigter als außerhalb der Deutschen Volkspartei stehend angesehen werden. Wir verlangen von denjenigen Parteien, mit denen wir zusammenarbeiten wollen, die feste Erklärung, daß sie bereit sind, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuwirken, damit die gegenwärtige unklare Lage, die ohne Schaden des Reiches nicht mehr länger andauern darf, endlich geändert werden kann. Die Schaffung klarer Verhältnisse ist eine unbedingte Notwendigkeit. Wir können daher nicht die Verantwortung für die Bildung eines Ministeriums übernehmen, das diese Erfordernisse nicht erfüllt. Der Fraktionsvorsitzende, J. A. Dr. Stresemann, Vorsitzender.“

Das Kabinett hat also durch die Schuld der bürgerlichen Parteien die Konsequenzen ziehen müssen, nachdem die Sozialdemokratie darüber keinen Zweifel gelassen, daß nach unserer Auffassung ein gemeinsames Programm mit der Volkspartei und damit die große Koalition unmöglich ist. Die Fraktion hat sich durch keinerlei Manipulationen von dieser eindeutigen und geraden Linie abbringen lassen. Und das ist gut so. Es ist unmöglich, daß wir uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen in die Zwangsjacke der großen Koalition hineinbugeln lassen. Wir hätten damit unsere Wirtschaftspolitik aufgegeben und damit auf die mit ihr im engsten Zusammenhang stehende Beeinflussung der äußeren Politik verzichtet.

Die Deutsche Volkspartei verlangt ihre offizielle Anerkennung als Regierungspartei, auf der andern Seite erklärt die Sozialdemokratie, daß sie nach wie vor an der Stabilisierung der Mark als der wichtigsten Forderung festhält, und daß das bisherige Verhalten der Volkspartei keine Garantie für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zu diesem Ziele bietet. Diese Erklärung unserer Fraktion wird durch den Brief der Volkspartei an den Reichskanzler nur noch mehr gerechtfertigt. Denn wenn dieser Brief auf der einen Seite sehr richtig hervorhebt, daß ein positives Zusammenarbeiten nur bei Übereinstimmung über die wichtigsten nächsten Ziele auf allen Gebieten möglich sei, vermeidet er auf der anderen Seite jedes sachliche Eingehen auf den Inhalt eines etwaigen gemeinsamen Regierungsprogramms.

Wenn der Brief der Volkspartei um diese brennenden Fragen herumgeht, wie die Stäbe um den heißen Brei, so hat das seine guten Gründe. Zu dem bekannten Stinesprogramm kann sich die Volkspartei nicht bekennen, weil dann alle Welt einsehen, daß man der Sozialdemokratie nicht zumuten kann, gemeinsame Sache mit einer Partei zu machen, die den Behauptungen und die Gegnerschaft gegen die Markstabilisierung auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die Volkspartei will sich aber auch nicht offiziell gegen das Stinesprogramm erklären, weil sie dann den Streit sofort im eigenen Hause hätte.

Für die Sozialdemokratie steht fest, daß sie mit einer Partei, die denselben Standpunkt vertritt, wie Stines in seiner Rede vom 9. November, nicht zusammenzuwirken kann. Für daraus einen Vorwurf zu machen, wäre unehrlich, ja geradezu lächerlich. Zwar wird von den bürgerlichen Unterhändlern der großen Koalition immer wieder darauf hingewiesen, daß Stines und die Schwerindustrie noch nicht die Deutsche Volkspartei seien, aber irgend welche Garantien dafür, daß die Volkspartei andere Wege gehen würde, als die von den Schwerindustriellen Interessen vorgezeichneten, vermögen sie nicht zu geben. Die Sozialdemokratie ist nicht gewillt, das fünfte Rad am Wagen zu spielen oder sich an die Wand drücken zu lassen. Eine Partei, die einen so großen Teil des Reichstags einnimmt und die sich auf so breite Massen stützen kann, wie die Sozialdemokratie, ist als Bundesgenosse wertvoll, als Gegner gefährlich. Will man ihre Unterstützung, so muß man sich dazu bequemen, sachliche und persönliche Garantien dafür zu geben, daß eine Politik betrieben wird, die mit ihren Auffassungen von den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes vereinbar ist. Will man das nicht, so hat man kein Recht, sie zu unterstützen, wenn sie ihre eigenen Wege geht.

Der „Vorwärts“ sieht die Ursache der Krise in dem Vergehen der Führung und in einer zu stark entwickelten Neigung, die eigentlichen Entscheidungen in Parteiführerkonferenzen statt im Reichstagsplenum herbeizuführen.

wieder herzustellen, wäre die Mitwirkung des Auslandes notwendig.

3. Die deutsche Reichsbank hat sich bereit erklärt, einen Betrag von 500 Millionen Goldmark in Gold oder Devisen für die Stützungsaktion zur Verfügung zu stellen.

4. Die Inanspruchnahme der Stützungsaktion erfordert folgende Voraussetzungen:

a) Deutschland wird für 3—4 Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles befreit. Die Sachleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gehen weiter, soweit sie ohne Vermehrung der schwebenden Schuld des Reiches aus den laufenden Einnahmen oder inneren Anleihen bestritten werden können.

b) Deutschland erhält für die Stützungsaktion einen von ausländischen Banken gesicherten Kredit von mindestens 500 Millionen Goldmark, so daß für die Stützungsaktion insgesamt ein Betrag von mindestens 1 Milliarde Goldmark zur Verfügung steht.

5. Die vorstehenden Voraussetzungen sind auch von der Reichsbank für die Bereitstellung von 500 Millionen Goldmark unter Inanspruchnahme ihres Goldbestandes aufgestellt worden. Die Forderung oder Garantie für die ausländischen Bankkredite vermag die Reichsbank daneben jedoch nicht zu übernehmen. Die für die Kreditgeber erforderlichen Sicherheiten werden unter Genehmigung der Reparationskommission vom Reich zu stellen sein.

6. Die von den ausländischen Banken und der Reichsbank bereitgestellten Mittel werden unter Vermittlung der Organisation der Reichsbank von einer unabhängigen Stelle verwaltet werden, die aus Vertretern der ausländischen kreditgebenden Bankgruppen, der Reichsbank und der Reichsfinanzverwaltung gebildet wird.

7. Diese Stelle wird zugunsten des Kurzes der Reichsmark intervenieren. Sie wird in erster Linie das im Ausland (New York, London, Amsterdam, Zürich usw.) verfügbare Material an Reichsmark für Rechnung des Reiches aufzunehmen suchen, was gleichzeitig zu einem Rückgang des Devisenkurses führen wird. Im übrigen wird sich durch An- und Verkauf von Devisen im In- und Auslande den Kurs der Mark zu regulieren suchen.

8. Sobald durch die Stützungsaktion der Kurs soweit gebessert ist, daß das innere Vertrauen wieder hergestellt ist, wird die deutsche Regierung eine innere Goldanleihe unter entsprechenden Bedingungen auflegen. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, auswärtige Anleihen aufzulegen, die zu angemessenen Bedingungen erhältlich sind.

9. Durch innere Reformen wird Deutschland seine Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen. In dieser Richtung ist insbesondere ins Auge gefaßt worden: Aufhebung unethischer verbodener Behörden, Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten, Verminderung unproduktiver Ausgaben, Beschneidung der geschweherten Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen, auf die dringendsten Erfordernisse und produktive Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität.

10. Deutschland wird alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch eine Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen. Zu diesem Zweck werden insbesondere die Neuorganisation des Arbeitsrechtes unter Beibehaltung des Achtstundentages als des normalen Arbeitstages und unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Aufhebung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet. Alle Maßnahmen zur Heranbildung von Qualitätsarbeitern gefördert, der Luxusverbrauch und die Luxusimporten gehemmt und der Alkoholkonsum beschränkt werden. Zweck Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zwangsverpflichtung des Brotes abgebaut werden. Bei einer Besserung der Mark fallen die wesentlichen Gründe für die bisherige Getreidepolitik fort.

11. Bei Festlegung des Markkurses werden andererseits die ausländischen Staaten diejenigen Beschränkungen der Einfuhr deutscher Waren aufheben müssen, die durch den Niedergang der deutschen Währung verursacht wurden. Auch im übrigen wird Deutschland Gleichberechtigung in allen Beziehungen eingeräumt und die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltung im besetzten Gebiete wiederhergestellt werden müssen, um einen Ausgleich der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz zu ermöglichen.

Um den vorstehend niedergelegten Plan ausführen zu können, unterbreitet die deutsche Regierung der Reparationskommission nachstehende

Anträge:

a) Die endgültige Festlegung der Verpflichtungen wieder sobald als möglich in solcher Höhe herbeizuführen, daß sie einschließlich des Dienstes der aufzunehmenden Anleihen aus dem Ueberschuß des Haushalts bestritten werden können;

b) zunächst wird für die Dauer von 3—4 Jahren Deutschland von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles unter dem in Ziffer 4 a) Absatz 2 gemachten Vorbehalt für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete befreit;

c) unverzüglich eine Konferenz von internationalen Finanzleuten zum Zwecke der Beratung über die Deutschland zu gewährenden Bankkredite einzuberufen.

Die deutsche Regierung ist auch ihrerseits bereit, die Einberufung einer solchen Konferenz zu übernehmen.

Eine Note an die Reparationskommission

Vorschläge der Reichsregierung zur Stabilisierung der Mark — Es geht nur mit einer Atempause und einem ausländischen Kredit

Berlin, 14. Nov. Die Reichsregierung richtete an die Reparationskommission folgende Note:

„Herr Präsident! Nachdem seit Ueberreichung des Schreibens der Reichsregierung vom 8. November inzwischen auch das zweite Gutachten der von der Reichsregierung berufenen internationalen Sachverständigen eingegangen ist, werden der Reparationskommission die beiden Gutachten mit der Bitte um Benützung überreicht. Die deutsche Regierung macht sich im Anhalt dieses Gutachtens in ihren Grundzügen zu eigen und unterbreitet auf Grund der inzwischen mit der Reichsbank zum Abschluß gebrachten Verhandlungen in Ergänzung ihrer Vorschläge in den Schreiben vom 4. und 8. November ds. J. folgende

zusammenfassenden Plan zur Hebung und Festigung des Markkurses

1. Die endgültige Stabilisierung der Mark kann erst eintreten, wenn die Reparationsfrage entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig geregelt ist. Da aber angesichts der in letzter Zeit eingetretenen Zerrüttung der Mark auf eine solche Regelung nicht mehr gewartet werden kann, so ist sofort eine vorläufige Aktion zu dieser Hebung und Stützung notwendig.

2. Eine solche vorläufige Aktion kann, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, nicht allein mit den deutschen Kräften geschehen. Um das verlorene gegangene Vertrauen zur Mark

Der Mangel an politischer Selbständigkeit und Zuverlässigkeit der Demokraten

geht aus folgendem Vorgang deutlich hervor, der auch auf die bevorstehende Regierungsbildung in Sachsen seine Schatten wirft.

In Braunschweig steht eine Vervollständigung des von Sozialdemokraten und Demokraten zu bildenden Kabinetts bevor. Nachdem hier diese beiden Parteien im Landtag eine sichere Stütze der Regierung bilden und die Demokraten keinerlei Rückhalt bei der Deutschen Volkspartei bedürfen, hat diese auf ihrem letzten Landesparteitag durch den Vorsitzenden erklären lassen, daß die Deutsche Volkspartei den Demokraten nur Handlungsfreiheit gewährt.

vorbehaltlich ihrer pflichtgemäßen Einstellung auf die Wünsche der Deutschen Volkspartei.

und weiter heißt es in jener parteiunabhängigen Erklärung: „Die demokratischen Vertreter müssen sich dessen bewußt sein, daß sie zu gleicher Zeit auch die politischen Belange der Deutschen Volkspartei zu schätzen haben.“

In Braunschweig haben bei den gepflogenen Verhandlungen die Demokraten genau nach dieser Anweisung gehandelt, d. h. sich aller selbständigen Entschlüsse enthalten. Wo und wie weit diese Einstellung der Demokraten die gleiche ist, wird man diese Woche lediglich als die politische Bewusstseins der Deutschen Volkspartei ansprechen müssen.

Die Sowjetvertreter in Deutschland

Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt:

Die deutschen Kommunisten der russischen Sowjetregierung brauchen doch mehr für ihren Unterhalt und Lebensbedarf in der freien deutschen Republik, als sich mancher höhere Republikaner bisher gedacht hat. Daß die Sowjetfaktoren in Deutschland von Moskau reger unterstützt wird, war bisher keine Neuigkeit, offen blieb immer nur die Frage, wie hoch diese Unterstüßungen sind. Der Zufall gestaltete uns einen Einblick in den Rechnungsbuch der Zentrale der K.P.D. in Berlin. Da ist zu lesen: Ausgabe für den Monat August 23 750 000 M.; Zuschuß aus Moskau 30 000 000 M. für den Monat September 50 250 000 M.; Zuschuß aus Moskau 47 500 000 M. Es verbleibt also aus den hohen russischen „Zuschüssen“ immer noch ein leidlicher Ueberschuß. Die Zahlung von Mitgliederbeiträgen Klassenbewußtsein in Rubelwährung. Welche Summen mag der Sowjetregierung wohl die sächsische Landtagswahl gekostet haben, und was mag ihr der Betriebsräterwahl in Deutschland kosten, den man schon heute schon bedauert?

Das Erbarmlichste ist, daß Millionen der Sowjetregierung nach Deutschland wandern, während unter den kommunistischen Arbeitern im Reich Beiträge für das hungernde russische Volk gesammelt werden. Lohnt der stolze Einsatz von Mitteln eigentlich? Vielleicht gibt uns die „Rote Fahne“ Auskunft darüber und teilt uns gnädig mit, wieviel Millionen sie monatlich von den russischen Zuschüssen verschlingt!

Sächsische Politik

Die badischen Landtagswahlen im Jahre 1921

Für die bevorstehenden Gemeindevahlen kommt gerade zur rechten Zeit in der sächsischen Landtagszeitung Nr. 10 der „Statistischen Mitteilungen“ eine Abhandlung über die Landtagswahlen im Jahre. Sie enthält einwandfreies Material über die Verbreitung der einzelnen Parteien und deren Wahlerfolge. Auch manche landläufige Meinung über die Stärke der Parteien und deren Einfluß in den Gemeinden wird in ein richtiges Licht gerückt. So hat die Sozialdemokratie von den politischen Parteien das größte Verbreitungsgebiet, denn in nicht weniger als 144 Gemeinden wurden Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben, die Mehrheit der Stimmen aber konnte sie nur in 23 Gemeinden des Landes erreichen.

Die Zahl der Gemeinden, in denen für das Zentrum gestimmt wurde, ist um 80 kleiner als die der Gemeinden, in denen die Sozialdemokratie Stimmen erhalten hat. Das ist aber bedeutungslos angesichts der Tatsache, daß in 754 Gemeinden, also fast der Hälfte aller Gemeinden des Landes, die Mehrheit der Wähler für die Liste der Zentrumspartei gestimmt hat. In es

gibt sogar 142 Gemeinden, in denen 90 Proz. und mehr Stimmen für das Zentrum abgegeben wurden.

Die Demokraten, der Landbund, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei erhielten zwar sämtlich Stimmen in mehr als 1000 Gemeinden. Wenn aber dabei die deutschnationale Volkspartei in keiner Gemeinde die Mehrheit erlangt hat, so können daraus Schlüsse auf den Besitzstand dieser Parteien und Vergleiche mit den anderen gezogen werden. Der Landbund allerdings konnte in 174 Gemeinden eine Mehrheit erhalten und in 25 Gemeinden 90 Prozent und mehr der Stimmen auf sich vereinigen. Es handelt sich dabei, wie vielfach auch beim Zentrum, um ländliche Gemeinden, in denen erhebliche wirtschaftliche oder soziale Gegensätze nicht bestehen.

Es sind das aber auch vielfach die konfessionell einheitlichen Gemeinden. Zwar ist eine Entzifferung der Wähler nach der Konfession aus bekannten Gründen unmöglich. Aber es lassen sich aus den Wahlergebnissen doch einigermaßen sichere Schlüsse über die Beziehungen zwischen Konfession und Parteizugehörigkeit ziehen. In den rein römisch-katholischen Gemeinden konnte das Zentrum 77 Proz. der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen; der Landbund erhielt 14 Proz., die restlichen 9 verteilten sich auf die übrigen Parteien. Die überwiegend evangelischen Gemeinden dagegen weisen ein viel bunteres Bild auf. Hier erhielt der Landbund 44 Proz. aller abgegebenen Stimmen, 20 Proz. entfielen auf die Deutschnationale Volkspartei und 20 Proz. auf die Mehrheitssozialdemokratie. Auch diese Gemeinden tragen vorwiegend ländlichen Charakter. Aus diesen Zahlen mag dann auch auf die Parteizugehörigkeit der evangelischen und katholischen Wähler in den gemischten Gemeinden des Landes geschlossen werden.

Aus der Partei

Amisgebiet Eillingen

Die Ortsvereine der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei des Amisgebiet Eillingen werden ersucht, die Stimmzettel für die Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen in der „Volkstreuend“-Druckerei abholen zu lassen. Des leeren Portos wegen können dieselben nicht einzelnen zugesandt werden. Es sind dies die Mitgliedschaften der Orte Bruchhausen, Eillingenweier, Ralsch, Schöllbrunn, Ufenbach, Reichsbach, Ehenrot, Spielberg und Langenlössbach. Der Bezirksvorstand.

Wahlkreisleiter. kommenden Samstag, 18. Nov., findet in der „Binde“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Genosse Berg aus Mannheim über „Die Sozialdemokratie in Staat und Gemeinde“ sprechen wird. Alle Wähler und Wählerinnen sind zu dieser Versammlung eingeladen. Besonders diejenigen Arbeiter, die sich nicht schämen, ihren Namen auf die Liste der Gegner setzen zu lassen und dadurch ihre deutsch-nationalen und landwärtlerischen Ausbeuter offen zu unterstützen. Leute, die als Fabrik- oder Bahnarbeiter ihr Brot verdienen müssen und dabei es fertig bringen, ihre Hinterbrüder auf solche Art und Weise zu unterstützen, gehören an den Pranger gestellt. Wir wollen von einer Namensnennung vorerst noch absehen, weil wir hoffen, daß diese Arbeiter sich noch befehlen und wenigstens die bürgerliche Kandidatendebatte nicht nützen, wenn auch ihr Name darauf steht.

Für alle Wähler und Wählerinnen muß es nun heißen Auf in die Versammlung am Samstag in der „Binde“ und bei der Wahl! Nur die Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Am 14. Nov. Die Mitglieder der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei werden auf Freitag abends 8 Uhr zu einer sehr wichtigen Versammlung ins Lokal zum „Strauß“ eingeladen. Es gilt den Maximalforderungen der Bürgervereinigungen entgegenzutreten; es darf deshalb kein Genosse fehlen.

Blankenloch. Genosse Landtagsabgeordneter Kurz spricht Freitag abends, nicht Donnerstag, im Gasthaus zum „Schwanen“ über „Landwirtschaft und Sozialdemokratie“.

Wietingheim. Am Donnerstag abends 8 Uhr findet im Gasthaus zum „Hirsche“ eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Vereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag in Offenbach. 2. Aufforderung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Parteigenossen, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

In die sozialdemokratischen Lehren des Wahlkreises Karlsruhe-Preßheim. Am Samstag, 25. Nov., nachm. 3 Uhr, findet in Karlsruhe im „Wanninger“ (Hinteres Nebenzimmer) eine Zusammenkunft statt. Die Wichtigkeit der zur Aussprache stehenden Angelegenheiten erfordert das Erscheinen eines jeden parteigenössigen Lehrers. J. A. R. G. Haebler.

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs

113

Von Max Geyh

(Fortsetzung)

2. Auf dem Kaiserberg

Zwei Jahre waren seitdem vergangen. Die Wellen des Lebens hatten die drei Brüder aus der Grünhainstraße wunderbar genug hin und her geworfen. Seit langer Zeit hatte keiner von uns auch nur daran gedacht, mit den andern jemals wieder „in einem Schifflein“ zusammenzutreffen.

Ich befand mich auf kurze Zeit nicht allzu fern von der alten Heimat an der blauen Donau. Es war am Tage nach dem Schluß der Wiener Weltausstellung mit ihrem Glanz und ihrem Jammer. Mit ihrem Glanz war es gründlich zu Ende; von ihrem Jammer war noch einiges durchzulassen, und die Sache begann mit Pünktlichkeit und Energie; Eigenschaften, welche im Laufe der letzten sechs Monate gelegentlich vermisst wurden. Gewiß, vieles ließ sich mit der wohlberühmten und rührend geliebten Gemüthlichkeit der schönen Kaiserstadt entschuldigen; aber auch diese hatte im Laufe des Jahres schwer gelitten. Das mit so lauten Positivem eingeleitete Ausstellungsunternehmen hatte sich zwischen der Cholera und dem großen Finanzloch höhnend durchgerungen. Die Meistbeteiligten gingen an, sich im Prater aufzuhängen und in die Donau zu springen. Es war zu viel für das weiche, trädelnde österreichische Gemüt geworden. Die Bewegung wurde epidemisch.

Ich selbst, obgleich von Natur nicht allzu weich veranlagt, glaubte an jenem Morgen mich derselben anschließen zu müssen, wenn Monate in dieser Atmosphäre waren auch für mich nicht ohne Wirkung geblieben. Die hohen Beförden der Weltausstellung hatten schon vor vierzehn Tagen verfügt, daß nach Schluß derselben, am 1. Oktober, kein Arbeiter die gezeigten Gassen betreten solle, der nicht eine zu diesem Zweck auszugebende Arbeiterkarte neuester Form besaß. Seitdem besuchte ich von Zeit zu Zeit die eleganten Geschäftszimmer der Verwaltung, um meine zwölf Karten zu holen, denn mit dem letzten Schlag der ornamentalen Hauptuhr unter der „Rotunde“ wollte ich mit fieberhafter Beschleunigung Howlers Pavillon, den ich vergebens zu verkaufen gesucht hatte, zusammenreißen und meine Dampfplüge in Sicherheit bringen. Dort lächelten mich die müden Unterbeamten verständnislos an und verhielten sich glaubwürdig, nachdem sie mein Begehren erfüllt hatten, daß sie von solchen Karten nichts wüßten. Und doch hatte ich recht. Am frühen Morgen nach dem

langlosen Schluß des impotanten „Festes der Arbeit“ standen Hunderte von Ausstellern, jeder mit zwei bis zwölf taubstümmen Arbeitern hinter sich, vor den verlassenen Eren, welche die schwarzgelbe Schutzmannschaft mit seltener Pflanzentreue verteidigte, und sähen in allen Sprachen der Welt nach ihren Arbeiterkarten. Das Warten der Menge schwoll gegen zehn Uhr zum brausenden Sturm, während in den gemauerten Räumen des Innern zum erstenmal, seitdem sie aus dem Boden gestiegen waren, feierliche Stille und Ruhe herrschte. Manchmal erschien der Kopf eines mühsam niederen Beamten durch die Spalte einer Seitentüre, betete er seine Unschuld und versicherte den Nachstehenden mit erschöpfener Miene, daß die Karten wirklich noch nicht gedruckt seien. Man erwartete aber ganz bestimmt gegen Nachmittag die erste Sendung. Um zwölf Uhr verließ sich die tohrende Volksmenge, um einen wohlverdienten freien Nachmittag zu genießen, nachdem man sich den Vormittag mit mühseligen Märgen und unvernünftiger Aufregung verdoeben hatte.

So kam auch ich zu ein paar freien Stunden und wanderte aus dem Gewühl der neugierigen Weltstadt hinaus nach dem Kaiserberg. Selbst die vielerühmte Drahtseilbahn ludte mich nicht, so müde war ich aller Triumphe des menschlichen Geistes über die Hindernisse der Natur. Mit einem alten Stellwagen fuhr ich nach Rudersdorf, um zu Fuß durch die stillen, halbkreisförmigen Wälder mein Ziel zu erreichen. Wie ich aufatmete, als ich endlich nur noch das Rascheln des fallenden Laubes um mich hörte! Man muß eine Weltausstellung von erhebenden Anfang bis zum bitteren Schluß mitgemacht haben, um zu verstehen, wie wohl mir dabei wurde.

Es war ein prächtiger Spätherbsttag; schon etwas frisch, trotz der Sonne, die auf den goldgelben und rotbunten Bergen spielte; ein Tag, so recht, um wieder Mensch zu werden. Die Wirtschaft auf dem Gipfel des Kaiserbergs war deshalb ziemlich leer. Auch hier wehte es schon herbstlich über die halbgelblichen Tümpel. Über der Wald hinunter und hinaus bot noch die volle Schönheit des scheidenden Jahres. Ich ließ mir ein Glas Wein auf den nächsten Tisch stellen, lehnte mich auf das Geländer der Veranda und rief, was zu genießen war.

Links drüben der Leopoldberg, noch in voller Pracht des künftigen Herbstlaubes mit seinem einfachen, höflichen Rückblick, rechts im gleichen Schmelz, die Ausläufer des Wiener Waldes mit ihren Höhen und Schluchten. Tief unter mir am Fuße des Berges die mächtige Donau, die sich von hier in zahllosen Wasserfällen durch ein Gebirg von noch grünen Weidenwäldern schlängelt, das bereits die flutende Linie der Regulierungsarbeiten durchdrach, die heute den Strom in inoffizieller Breite an der Kaiserstadt vorüberführen. Diese selbst mit ihren Palästen und

Mitteilungen des Parteisekretariats Karlsruhe

Versammlungen zur Gemeindevahl mit dem Thema:

„Die Sozialdemokratie in Staat und Gemeinde“

finden statt:

- Dettingheim: 15. Nov., abends 8 Uhr, Referent Gen. Trinius-Karlsruhe.
- Eillingen: 16. Nov., abends 7 1/2 Uhr in der „Sonne“. Referent Staatspräsident Gen. Rammle.
- Ottensheim: 16. Nov., 8 Uhr im „Strauß“. Referent: Landtagsabg. Müller-Karlsruhe.
- Bretten: 16. Nov., 8 Uhr im „Badischen Hof“. Referent: Staatsrat Gen. Warrum-Karlsruhe.
- Mengingen: 16. Nov., 8 Uhr im „Lamm“. Referent: Landtagsabgeordneter Kurz-Gröningen.
- Baden-Baden: 17. Nov., abends 8 Uhr im „Sinner-Saalbau“. Referent: Gen. Bürgermeister Meyer-Durlach.
- Daglan: 18. Nov., 8 Uhr in der „Binde“. Referent: Gen. Stadts. Böhlinger-Karlsruhe.
- Guggenau: 18. Nov., abends 8 Uhr. Referent: Landtagsabg. Gen. Müller-Karlsruhe.
- Forst: 18. Nov., abends 8 Uhr im „Löwen“. Referent Landtagsabgeordneter Kurz-Gröningen.
- Durlach: 18. Nov., abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Stadtrat Dr. Kullmann-Karlsruhe.
- Obergröningen: 18. Nov., 7 1/2 Uhr im „Hirsche“. Referent: Stadtverordneter Gen. Schön-Karlsruhe.
- Ziefenbrunn: 18. Nov., 8 Uhr in der „Hofe“. Referent: Gen. Stadts. Kruse-Karlsruhe.
- Grünwettersbach: 18. Nov., 8 Uhr im „Adler“. Referent: Gen. Hermann-Karlsruhe.
- Baden-Baden-Neustadt: 18. Nov., 8 Uhr im „Antersaal“. Ref.: Stadtrat Gen. G. Karlsruhe.
- Baden-Baden-Richtental: 18. Nov., 8 Uhr im „Gäldenbergs“. Referent: Gen. Koch-Karlsruhe.
- Hörden: 18. Nov., 8 Uhr im „Anker“. Referent: Gen. Trinius-Karlsruhe.
- Bruchhausen: 18. Nov., 8 Uhr im „Grünen Baum“. Referent: Gemeinderat Gen. Lunz-Eillingen.
- Sohmentersbach: 18. Nov., 8 Uhr in der „Hörsburg“. Referent: Stadts. Gen. Köpper-Karlsruhe.
- Durlach-Mue: 18. Nov., 8 Uhr in der „Blume“ in Mue. Referent: Stadtrat Gen. Fischer-Karlsruhe.
- Mittelbach: 18. Nov., 8 Uhr in der „Eintracht“. Referent: Deibel-Karlsruhe.
- Balsch: 18. Nov., 8 Uhr im „Lamm“. Referent: Genosse Dr. Lehmann-Karlsruhe.
- Karlsruhe-Mühlheim: 18. Nov., 8 Uhr. Referent: Bürgermeister Gen. Jäck-Gröningen.

Oskar Trinius, Parteisekretär.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Arbeitsmarktlage zeigt die beste Entwicklungstrichtung wie in der Vorwoche: Anzeichen der Arbeitsfindendensiffer, weitere Betriebsaufhebungen, auch Entlassungen kleineren Umfangs, ohne daß dies jedoch eine vermerkte Inanspruchnahme der Erwerbslosenunterstützung zur Folge gehabt hätte. Mit allmählicher weiterer Abnahme der Beschäftigungsmöglichkeiten ist immerhin zu rechnen. Betriebsaufhebungen (Arbeitsverlängerung) erfolgten bei 7 Firmen, Verloren sind davon insgesamt etwa 145 männliche und 650 weibliche Arbeitskräfte.

Gemeindepolitik

1. Sulzburg, 13. Nov. Billiger als anderswo stellen sich hier in Sulzburg die Kosten für eine Neubildung. Nach einem Beschluß des Gemeinderats wird das Holz für die Särge unentgeltlich geliefert, auch übernimmt die Stadtkasse die Kosten für den Hübelholz bei den Bestattungen.

* Kirsch, 13. Nov. Der gemeinlich bestellende Ausschuß der Stadt Kirsch hat für im Bau befindliche Anlagen ziemlich hohe Nachforderungen bewilligen müssen. So wurden für im Bau befindliche Wasserleitungen gegen 800 000 M. für die Erweiterung des Wasserwerks gegen 5 Millionen und für ein Jugendfamilienhaus weitere 5 Millionen bewilligt, desgleichen für die Fertigstellung des Ehrenfriedhofes 450 000 M. Die Arbeiten an letzterem sollen in diesem Winter angefaßt werden.

Sachsen, ihren Kojernen und Fabriken liegt in düstiger Ferns aus der Bergluft, die ich in unsem „Industriepalast“ dort unten so lange und schmerzhaft bemerkt hatte. Selbst die Drahtseilbahn, deren kleine Endstation unter mir halbberstet im Gebüsch lag und die von Zeit zu Zeit mit überausartigem Schurren und Schmarren einen leeren Wagen heraufschleppte, vermochte mich nicht zu fesseln. Da geschah etwas Außerordentliches, das allerdings wohl jedem Menschen ein paar mal im Leben passiert, jeden aber aufs neue mit demselben Staunen, fast mit einem kleinen Schauer erfüllt: es ist und bleibt so völlig unerklärlich.

Meine Gedanken verloren sich nach rückwärts. Eigentlich hatte ich es, räumlich wenigstens, herrlich weit gebracht; bis hierher auf den Kaiserberg, vom Mokattam in Ägypten und den europäischen Steppen und den Sumpfländchen von Louisiana gar nicht zu reden. Was man in zwölf Jahren nicht alles erleben konnte! Wenn ich an die Grünhainstraße zurückdenke und an Schindler und Stöß! An Stöß dachte ich ganz besonders, wie leicht seit Jahren zum erstenmal wieder. Ich wußte nur, daß er sich eine schöne Stellung in England erlangt hatte, die man als glänzend bezeichnen konnte, wenn sie mit unsem damaligen Maßstab gemessen wurde. Vor ein paar Jahren schon hatte er einen Vortrag über Verleumdungskritik vor der Englischen Gesellschaft für Pöbelgenieure zu London gehalten, der durch alle englischen Zeitungen lief. Damals stand er noch mit seinem großen Weidenmann Mr. W. Bruce in Verbindung, der kürzlich geodalt worden war und nunmehr als „Sir“ William glänzte. Seitdem hatte ich ihn völlig aus dem Gedächtnis verloren, jetzt aber kam er mir wieder lebhaft in den Sinn, vielleicht weil mir einfiel, daß er eigentlich Oesterreicher war und seine Kinderjahre dort unten in dem düstigen Wien verbracht hatte, von dem er in der Grünhainstraße mit warmer Unabgütlichkeit sprach, obwohl er es kaum kennen gelernt haben konnte.

(Fortsetzung folgt)

Zu den badischen Gemeindewahlen

Kommunale Hygiene

Von Stadtverordneten Hans Krull

Die Volksgesundheit ist während des Krieges schwer gefährdet worden. Die Absperrung von Westmilitär und der Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung führte zu den Lebensmittelmangelerscheinungen, die durch völlig unzureichende Rationen gekennzeichnet war. Das Volk litt insbesondere unter dem Mangel an eierweiß- und fettreichen Nahrungsmitteln; hinzu kam der Mangel an Reinigungsmitteln und an Bekleidungsgegenständen. Die Folge der jahrelangen Entbehrungen war sowohl eine Zunahme der auf Infektionskrankheiten beruhenden Krankheiten, als auch eine Steigerung der Infektionskrankheiten.

Nach dem Friedensschluß und der damit verbundenen Aufhebung der Blockade besserten sich die Ernährungsverhältnisse zunächst etwas, was sich bald in einem nennenswerten Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit zeigte. Doch dann machten sich die Folgen des Verfalls der deutschen Währung bemerkbar. Die Krankheits- und Sterblichkeitsziffern sind wieder im Steigen begriffen, die Volksgesundheit steht vor ihren schwersten Prüfungen.

Hier öffnet sich ein weites Feld kommunalpolitischer Tätigkeit; denn die öffentliche Gesundheitspflege ist in erster Linie eine Aufgabe der Gemeinden. Die Gemeinde hat für Straßenbau und Wohnungsbau, für Straßenreinigung und Abwasserbeseitigung, für Seuchenschutz und für die Unterbringung Erkrankter Sorge zu tragen; ihre wichtigsten Betriebe, die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, die Badeanstalten, die Schlacht- und Viehhöfe und die Volkshäuser dienen der Verwirklichung leitender Bedürfnisse. Die Sozialdemokratie hat daher die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege stets als eine der hauptsächlichsten kommunalen Aufgaben betrachtet.

Der öffentliche Gesundheitsdienst sieht sich vor die folgenden Aufgaben gestellt:

- a) Die ärztliche Überwachung der Bevölkerung, um die Kranken sachgemäßer Behandlung zuzuführen und die Gesunden vor Ansteckung zu schützen.
- b) Die Stellung von Krankheits durch Errichtung von Erholungsheimen und Krankenhäusern.
- c) Die Durchführung von Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten.

Was die erste dieser drei Aufgaben anbelangt, so fordern wir die ständige Überwachung und die regelmäßige Unterbindung unserer Jugend. Der Säuglingsstich, geleitet von Gesundheitsstellen für Mütter und von besonders ausgebildeten Fürsorgefachweibern, der Kleinkinderstich und die Fürsorge für die schulpflichtige Jugend sollen eine lückenlose Reihe hygienischer Einrichtungen sein.

Die Lösung der ersten Aufgabe ist aber zweifelsfrei, wenn nicht alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die Krankheiten zu heilen. Wir sind stets dafür eingetreten, daß Erholungsheime und Krankenhäuser im weitesten Umfange errichtet werden und daß diese Anstalten muttergütig ausgestattet werden, so daß alle modernen Heilfaktoren zur Geltung kommen können. Wir haben noch bei der letzten Voranschlagsberatung den Standpunkt vertreten, daß es sich nicht moralisch verantworten läßt, das Krankenhaus zu einem Ueberflusse von Kranken zu machen, und daß wir hier gern Opfer bringen. Die Erkrankung eines Familienangehörigen bedeutet heute in den meisten Fällen unangenehmes Geld, und es würde dem Geist der Humanität nicht entsprechen, wenn man das Krankenhaus von Kaufmännischen Gesichtspunkten leiten wollte. Grundsätzlich sind wir für die Befestigung der Anstalten in den Krankenhäusern; wir haben uns dabei, wo die Befestigung aus finanziellen Gründen nicht möglich war oder wo unsere Forderungen an dem Widerstand anderer Parteien scheiterten, demüht, die Unterschiede in Pflege und Behandlung möglichst auszugleichen.

Doch weit wichtiger als die Stellung von Krankheits ist die Krankheits- und Seuchenschutz. Hier führt eine ganze Reihe von Aufgaben auf den kommunalpolitischen ein. Eine weitreichende Seuchenschutz wird für die Schaffung eines luftigen, von gartenreichen Spiel- und Erholungsplätzen durchsetzten Straßennetzes und für die Schaffung gesunder Wohnstätten eintreten, was nicht ohne großzügige Bodenpolitik möglich ist. In der heutigen Zeit größten Nahrungsmittelmangels ist außerdem dafür zu sorgen, daß durch die allgemeine Fürsorge und durch städtische Küchen die Ernährung der Kinderbevölkerung nach Möglichkeit geboten wird. Ausgehend von dem Gedanken, daß neben Wohnung und Ernährung Reinlichkeit, Luft und Licht die Säulen der Hygiene sind, ist den Badeanstalten, Schwimmbädern und den Freiluftbädern die größte Bedeutung zu schenken. Und alle diese Maßnahmen zur Förderung der Volksgesundheit müssen ergänzt werden durch eine technisch vollkommene Straßenreinigung, Schmutzabfuhr und Abwasserbeseitigung und darüber hinaus durch Entschmutzungsmaßnahmen zur Verhinderung von Seuchen. Die Schaffung dieses hygienischen Schutzmantels haben wir stets als eine der größten Kulturaufgaben betrachtet.

Da alle Maßnahmen und Einrichtungen auf dem Gebiet der kommunalen Hygiene den gleichen Zweck haben, so muß dafür gesorgt werden, daß sie sich organisch entwickeln und ineinander fügen und daß nicht etwa vorüberwiegend Verwaltungssache und ungewollte Statistik getrieben wird. Alle Zweige müssen sich als Glieder eines systematisch aufgebauten Gesundheitsdienstes fühlen und die gründliche Ausnutzung des in den einzelnen Abteilungen dieses kommunalen Gesundheitsdienstes gewonnenen statistischen Materials muß gesichert sein. Zu diesem Zweck sollte in jeder größeren Gemeinde ein Gesundheitsamt errichtet werden, das die ganze öffentliche Gesundheitspflege leitet. Die sozialdemokratische Bürgerausschussaktion in Karlsruhe hat wiederholt, zuletzt bei der Beratung des Voranschlags für das Jahr 1922/23, die Errichtung eines solchen Gesundheitsamtes gefordert.

Wenn überall auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge die Sozialdemokratie die Bannerträgerin der Hilfsbedürftigen geworden ist, so ganz besonders auf dem Gebiet der kommunalen Gesundheitspflege. Die Forderungen in Bezug auf die öffentliche Hygiene sind ehemals zum großen Teil spezifisch sozialdemokratische Forderungen gewesen; und wenn wir heute bereits einen, wenn auch noch lückenhaften, so doch reich gegliederten kommunalen Gesundheitsdienst besitzen, so ist das in erster Linie das Verdienst der Sozialdemokratie.

Über Vergangenheit setzen, wird die sozialdemokratische Partei auch in Zukunft der öffentlichen Gesundheitspflege ihre ganze Kraft widmen; denn ohne Volksgesundheit keine Volkswohlfahrt.

Die Bezirksrats- und Kreiswahlen

Gleichzeitig mit den Gemeindewahlen finden auch die Bezirksrats- und Kreiswahlen statt und ebenso die Wahl der Bezirksräte. Diese Wahlen sind nicht minder wichtig wie die Gemeindewahlen. Auch in diesen Körperlichkeiten werden wichtige wirtschaftspolitische und vor allem sozialpolitische Fragen behandelt. Hier hatten sich vor der Staatsumwälzung, der Errichtung des republikanisch-demokratischen Staates, die bestehenden Klassen mit Hilfe eines rüchständigen Wahlrechts noch stärker ver-

schangt als auf den Rathäusern. Ein Beweis, wie sie auch hier ihre Alleinherrschaft dauernd zu sichern suchten.

Welche Aufgaben haben die Kreisversammlungen? Vor allem ist es das Fürsorgewesen, das im Tätigkeitsgebiet der Kreisversammlungen eine erste Rolle spielt. Nennen wir zunächst nur die Kreispflegeanstalten, Tausende und Abertausende alte, hilflose und kranke Menschen bedürfen hier ihre Tage, müssen ihren Lebensabend hier beschließen. Heute hämmert die Not an so vielen Türen, hinter denen bisher Wohlstand und Wohlglücklichkeit herrschten. Ein weiteres wichtiges Arbeitsgebiet der Kreisversammlung ist das Kreisstrafwesen. Daran ist jede Gemeinde interessiert.

Die Tätigkeit der Bezirksräte

erstreckt sich auf die richterliche Stellung bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten; sie sind beratend beteiligt bei der Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, der Land- und Forstwirtschaft. Bei der Errichtung von Schulhäusern und Gemeindefakultäten hat der Bezirksrat zu beschließen, ebenso bei der Genehmigung von gewerblichen Anlagen. Weiteres ist der bezirkspolitische Tätigkeit aus. Außerhalb der Sitzungen hat der einzelne Bezirksrat die Polizei zu unterstützen und in Streitigkeiten zu vermitteln. Dazu wird den einzelnen Bezirksräten ein besonderer Teil des Amtsbezirks zugewiesen.

Nur ein kleiner Ausschnitt aus dem vielfältigen wichtigen Gebiet der Gemeindepolitik, der Aufgaben der Bezirksräte und Kreisabgeordneten konnte hier wiedergegeben werden. Um welche bedeutungsvolle Entscheidung es sich aber am 19. November handelt, geht schon aus dem Angeführten hervor. Niemand darf sich am Wahltag seiner Pflicht als Gemeindeglieder entziehen. Jeder Wähler und jede Wählerin werde unter den Bekannten und Freunden für

Die Liste der Sozialdemokratie

Der Brotpreis ist leider noch viel zu billig!

So rief der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schiele in der Reichstagsdebatte vom 18. Oktober 1922 aus.

Aus diesem Grunde auch beschloßen sämtliche bürgerliche Parteien des Reichstags am gleichen Tage gegen die Stimmen der Sozialdemokratie die Verwirklichung des Umlagegesetzes.

Aus dem gleichen Grunde stimmten sämtliche bürgerlichen Parteien sozialdemokratische Anträge zur Sicherung der Volksernährung nicht.

Was dem gleichen Grunde lehnten sämtliche bürgerlichen Parteien des Reichstags sozialdemokratische Vorschläge zur Stabilisierung der Mark, die allein unser Geld aufhalten kann, ab.

Den bürgerlichen Abgeordneten, den ähnlchen Protowahleren, die auf die Not des Volkes weisen, darf kein denkender Mann, keine fühlende Frau die Stimme geben.

Wählt alle die Liste der Vereinigten sozialdemokratischen Partei

Nicht Listen

In den gestrigen Tageszeitungen veröffentlichte der Oberbürgermeister die Vorschläge für die Wahl der Stadtverordneten. Nicht weniger denn 8 Listen wurden eingereicht, auf denen 34 Wähler um die 34 Sitze auf dem Rathaus sich melden. Die Liste des künftigen Kollegiums ist also gerade 4 mal „überzählig“. 200 Bürger und Bürgerinnen werden am Sonntag einen „Durchfall“ erleben. Neben den Parteien, die bisher schon auf dem Rathaus vertreten waren, — an erster Stelle wird die Liste der Vereinigten sozialdemokratischen Partei angeführt, dann an dritter Stelle das Zentrum, an vierter Stelle die Deutsche Volkspartei und an achter Stelle die deutschnationale Volkspartei, — melden sich auch 4 neue Parteien und Interessengruppen als Bewerber. Zunächst die Kommunisten, die zwar bisher schon auf dem Rathaus vertreten waren, aber nicht ein einziges Mal zu irgend einer Sitzung erschienen, so daß es nach solchen „Leistungen“ wirklich nur kommunalpolitische Rühmlichkeit fertig bringen kann, erneut um die Stimmen der Wähler zu werben. Dann tauchen auch die früheren Herrscher auf dem Rathaus, die Nationalliberalen, früher unter der Firma Deutsche Volkspartei, wieder auf, die sich bereits in ihrer ersten Wahlversammlung ihren Anteil, nämlich Dreihälfte wieder verdienen. Der Redner des Abends, nämlich ein Staatsanwalt, sprach schon Pläne wegen einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten, Zentrum und Volkspartei. Vorstehende der Versammlung, ein Rechtsanwalt, die Versammlung mit der Karole schloß: Weg mit der Parteiherrschaft vom Rathaus! Also echt nationalliberal: was trifft! Und der Herr Staatsanwalt v. r o m b a c h er hat wohl gefachelt, denn sonst mühte er wissen, daß die Parteiherrschaft schon längst weg ist vom Rathaus, nämlich seit die Nationalliberalen nicht mehr droben herrschen!

Neben diesen zwei politischen Parteien kommen dann noch zwei Gebilde vom freischöpferischen Anmarsch: Zuerst die „Athletenpartei“, weil sie Alles schmeißen will, die „Kommunale wirtschaftliche Vereinigung“. Man bezeichnet die Partei am besten als die Partei aller dorer, die bei keiner andern Partei untergekommen sind. Der Interessenten waren so viele, daß eine Liste von 76 Namen zusammenkam, bis alle untergekommen waren. 76 leuchtige Männer, keine einzige Frau darunter, ist der Sturmtrupp, der das Rathaus von der Parteiherrschaft säubern will. Verhandlungsleiter, Landgerichtsrat, Eisenbahnoberinspektor, Oberingenieur, Architekt, Postinspektor, Medizinalrat, Oberpostsekretär usw. Das sind die kommenden Männer im Karlsruher Rathaus! Aber er ist schon sehr kompromittiert, der ganze Gefangenereine: Der „Residens-Angeiser“ ist nämlich kein Dirigent! Und mit dieser Bloßlegung werden die Mauern des Rathauses sicher nicht ins Wackeln kommen!

Und nun das Gesamtbild der Bewerbungen: Die Wahlvorschlagsliste der vereinigten politisch und religiös neutralen Arbeiter-Arbeitsstellen- und Beamtenverbände, sowie der Kriegsoffiziere. Man wird nicht verlangen können, daß wir bei der heutigen Papierknappheit diesen Verein bei seiner jedweden Erwähnung — es wird zwar von uns auch nicht viel gesprochen — mit seinem vollen Namen nennen. Wir wollen also diese Partei als „ausgelegter Schwindler“ bezeichnen, was sie wirklich ist: Die Partei des Herrn Siegel will absolut Stadtverordneter werden, die Demokraten, auf deren Liste er 1919 stand, haben ihn schämeis fast; da ging er zuerst zum Reichsbund der Kriegsgeschädigten und wollte hier eine Liste zusammenbringen, natürlich mit seinem Namen an der Spitze; als das Gefährt mühsam, suchte er andere Vereine und Vereinigungen heim; er bekam aber überall Absche. Und endlich gelang es ihm, eine Ge-

folgenschaft zusammenbringen, die dumm genug ist, ihm nachzulaufen; er marschiert an der Spitze seiner Partei. Hauptsache ist, daß es ihm gelingt, wieder aufs Rathaus zu kommen; er hat allerdings auch dies und jenes Interesse daran, wieder Stadtverordneter zu werden! Ist der Zweck erreicht, dann kann seine Partei sich wieder in Nichts auflösen, woraus sie ja auch entstanden ist. Damit dürfte die Partei Siegel für uns heute schon erledigt sein. Die Wähler werden sie wohl am Sonntag erleben.

Eine reiche Auslese wint also dem Wähler und der Wählerin am 19. November. Sie werden sich zu fragen haben, ob sie irgend welchen Interessengruppen, denen die Erlangung eines Stadtverordnetenmandats mehr Befriedigung eines persönlichen Ehrgeizes ist, oder Mittel zum Zweck, um selbsttätige Wirtschaften und Gruppeninteressen zu vertreten, ihre Stimme geben wollen, oder den bürgerlichen Parteien, deren Politik uns in all das Elend unserer Tage hineingeführt hat, den Verfechtern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der Ursache all unserer Not, oder den kommunistischen Schaumbläsern oder aber der Partei, die nur einzig und allein das Interesse des Volksganges, der Allgemeinheit kennt, die Feindin aller Ausbeutung und Unterdrückung ist, die eine Wirtschaftsordnung aufzurichten will, in der die höchste Wohlfahrt aller Glieder des Volkes gewährleistet sein wird, nämlich der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Wir meinen, die Entscheidung wird ihrem Wähler und seiner Wählerin schwer fallen, sie kann nur lauten:

Für die Liste der Vereinigten sozialdemokratischen Partei, beginnend mit Schwerdt Gottlob und Jung Hermann.

Wahlkampf mit Ohrfeigen

Wir haben richtig geraten, als wir bei der Charakterisierung der Zentrumsherrschaft in Sachen Familienab in unserem Artikel vom letzten Montag bemerkten, der „Bad. Beobachter“ werde nun ob unserer Feststellung ein großes Geföße und Geschimpfe verüben. Er tobte auch wirklich in seiner gestrigen Nummer so wild, als ob sieben pudelnackte schöne Siesanien seine heiligen Redaktionsräume heimgesucht hätten. Ja, zuletzt droht er uns mit Ohrfeigen. Also, wir stellen fest: was wir schreiben, hat gelesenen! Es gelang uns, einmal vollständig die Heulermaske vom Zentrumsgesicht zu reißen, die Herrschaften so naht und bloß hinzustellen, daß sie nicht einmal im Vierordr „Ani-mierbar“ ausgelassen worden wären. Und es freut uns, daß es uns gelungen ist, diese Partei so zu schildern, wie sie wirklich ist. Wir können dem „Bad. Beobachter“ behaupten die Mut nachschaffen. Wir mußten gar nicht, daß in Rindens-Gladbach auch Schopenhauer geleht wird. „Bad. Beobachter“ nun Gebrauch machen will, nachdem er am Ende seines Ratsens ist. Aber: weder die künftliche Aufregung, noch die Ohrfeigen importieren uns. Weil wir halt wissen: s ist Heuchelei trohaldem, s ist Geue, s ist Wahl-scheiter!

Es ist ja zu bezeichnen für die Zentrumsmoral des „Bad. Beobachter“, daß er unsere Ausführungen über das gemischte Bad wortgetreu abdruckte, daß aber das Ohrfeigenblatt den 3. Teil unserer Ausführungen, in dem wir begründeten, weshalb wir die ganze Entwürdigung über das gemischte Bad als Heuchelei bezeichnen müssen, vollständig unterließ! Weil nämlich selbst die geistig nicht ganz hohen Leser des „Beobachters“ dann hätten gegeben müssen, daß wir recht haben. Und es ist eben elende Heuchelei, wenn man auf der einen Seite ein fittliches Geföße anhebt, wenn Frauen und Männer gemeinsam haben, auf der andern Seite aber jahrelang das Elend in den Wohnungen, den Büchern mit dem Lebensmitteln untrüffert läßt, ja aus Parteinteresse noch läßt und fördert. Doch diese Feststellung dem Zentrumsblicke unbedeuten ist, können wir ihm nachschaffen. Auch all seine Aufregung und all seine Mut können wir ebenfalls nur auf das Konto Heuchelei buchen. Erst wenn das Zentrum mit uns den Kampf gegen die sittlichen Gefahren des Wohnungs- und Hungerelends aufnimmt, wenn es mit uns sich bemüht, die Ursachen dieses Elends, nämlich die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beseitigen, dann werden wir ihm glauben, daß sein Kampf gegen die angebliche Unstittlichkeit in den Familienbädern ehrlich ist. Solange die Partei aber einseitig das eine tut, dem andern gegenüber sich aber gleichgültig zeigt, solange wird sie sich eben auch die Bezeichnung „Heuchlerpartei“ gefallen lassen müssen. — NB. Wegen der zugeordneten Ohrfeige sind wir gerne bereit, sie in Empfang zu nehmen; der „Bad. Beobachter“ kann uns jederzeit treffen, er braucht nur anzugeben, wann und wo. Vielleicht in „Schwarzen Adler“? Das Verhandlungsge muß aber er stellen! — S. W.

L. Hagsfeld. Die letzten Sonntag stattgefunden öffentliche Versammlung der V. S. P. war gut besucht, trotzdem der Gesangsverein „Viederklang“ mit über 100 Sängern in Mantelloch weilte, und von dieser Seite gewiß eine große Anzahl Mitlieder an der Versammlung teilgenommen hätten. Wir hoffen, daß am Wohlgehe jene Freunde und Genossen, die am Sonntag außerhals waren, nun reiflos an der Wahlurne erscheinen und ihren Stimmzettel für die V. S. P. abgeben. An Stelle von Gen. Mann sprach Gen. H o r m a n n - K a r l s r u h e über das Thema: Die Sozialdemokratie in Staat und Gemeinde. In der Aussprache ergrieffen die Kommunisten H e d d und W e b e r das Wort, um sich riefig zu blamieren. Da die Kommunisten in den letzten Tagen 2 bis 3 Versammlungen hatten, aber die Massen, von denen sie immer reden, nicht erschienen waren, verzapfen sie ihren Mut nun in unserer Versammlung. Herr H e d d ließ einen Vogel von Schimpfsworten auf unsere Partei nieder. Er sprach auch über die neue Gemeindeordnung, von der er aber offenbar keine Ahnung hat, meinte er nicht bezüglichen Anstimm verzapfen. Der Versammlungsleiter sowie der anwesende Bürgermeister W e b e r gaben dem Herrn die nötige Auffklärung. Da nun Herr H e d d sehr sehr veruchte sein Freund und Gen. Hermann W e b e r wieder herauszuholen. Mit donnernder Stimme sprach er über den 8 Stunden-Tag, wobei wir ihm Wort für Wort zustimmen konnten. Raum war er aber fertig mit seinen Schlagworten, da mußte er zu seinem eigenen Schreck erfahren, daß er selber seit Wochen freiwillig Ueberstunden in der Hauptwerkstätte leistet beim Kohlenabladen, nachdem er 8 Stunden als Dreher unter Aufsicht kommunistischer Betriebsräte gearbeitet hat. Unter großen Gelächter verteidigte er sich damit, die Not hole ihn dazu gebracht! Die Genossen Strohsfeld, Scholl, Knobler sowie der Referent gaben selbstverständlich den beiden Versammlungsführern die nötige Antwort, an der sie offensichtlich genug haben.

Die Demokraten setzen jetzt unter dem Namen Bürgervereinigung. Der unter falschem Namen segelt, meint es nicht ehrlich, das ist eine alte Volksaufassung. Gerade diesen Herren Demokraten, jetzt Bürgervereiner, haben wir es zu bedanken, daß im Wohnungswesen nicht mehr hat Politik werden können. Nichts wie Personen- und Geschäfts-Politik trieben diese Leute. Und es ist beschämend für Arbeiter und Beamte, daß sie solchen Leuten immer noch ihre Stimme geben. Daß die Herrschaften selber untereinander unrein sind, geht daraus hervor, daß einer ihrer Kandidaten, Julius D e i d e a, obwohl er schon auf ihrer Liste eingereicht war, zurückgetreten ist.

Wähler und Wählerinnen! Zieht aus diesen Dingen die Lehre! Am 19. und 26. November nicht rechts nicht links gehen, sondern den Stimmzettel in die Wahlurne für die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, die in jeder Hinsicht Politik der Allgemeinheit treibt.

Südstadtbewohner!
Damen - Geld - Brief
 taschen, Zigarren- u. Zigaretten-Etuis etc. feine und solide Offenbacher Lederware kaufen Sie billig bei
Friseur Leop. Zimmermann,
 Luisenstraße 62.
Fischthaler, Karls-Boierthoim,
 Mario-Alexandrastraße 27.

Durlacher Anzeigen.
Stadtverordnetenwahl
 am 19. November 1922.

Gemäß § 34 der Gemeindeordnung geht nachstehend die vom besonderen Wahlschluß für die Stadtverordnetenwahl am 19. November ds. Jrs. endgültig festgestellten Wahlverzeichnisse nach der Reihenfolge ihres Eintrags bekannt:

I. Wahlverzeichnisse

Bereinigte sozialdemokratische Partei Durlach:

1. Dorst Christian, Dreher
2. Röhner Friedrich, Mechaniker
3. Gehrig Lydia, Hausfrau
4. Joz Alban, Dreher, Aue
5. Konanz Karl, Professor
6. Dornier Magnus, Geschäftsführer
7. Böhler Karl, Forner
8. Briel Friedrich, Schreiner
9. Steger Wilhelm, Schleifer, Aue
10. Müller Georg, Schuhmacher
11. Pech Gustav, Kalkulationsbeamter
12. Haber Johann, Malermeister
13. Wöckner Julie, Bandführerin
14. Spindler Eduard, Gemeindeführer
15. Wap Michael, Werkzeugschlosser
16. Dagi Faber, Schlosser, Aue
17. Paul Philippine, Hausfrau
18. Huber Heinrich, Schreiner
19. Vint Fridolin, Polierer, Aue
20. Busch Otto, Verwaltungsinспектор
21. Reize Otto, Polizeiwachmeister
22. Reize Heinrich, Lagerhalter
23. Seinhart Anton, Schumacher
24. Baumann Anton, Schumacher
25. Scherling Karl, Buchbinder, Aue
26. Daus Julius, Metallgießer
27. Harter Emil, Schleifer
28. Braun Margarete, Hausfrau, Aue
29. Storch Jakob, Mechaniker
30. Schöberl Friedrich, Schlosser
31. Wurd Adolf, Schreiner
32. Nöhler Johann, Schlosser
33. Müller Karl, Eisenbahnarbeiter
34. Frohmüller Christian, Schlosser
35. Goldschmidt Karl, Kontrolleur
36. Haller Otto, Schlosser
37. Vint Bernhard, Forner, Aue
38. Eber Karl, Korarbeiter
39. Vint Heinrich, Mechaniker
40. Wadersbauer Friedrich, Bahnarbeiter
41. Dornier August, Tischler
42. Stübli Müller Theodor, Schlosser
43. Fröh Karl, Schlosser
44. Schwager Matthias, Schmied
45. Kerschmar Hermann, Schreiner, Aue
46. Seibert Karl, Schlosser
47. Dausch Karoline, Hausfrau
48. Schwarz Friedrich, Steinbruder, Aue
49. Eiß Adam, Metallschleifer
50. Rival Gustav, Schlosser
51. Gählinger Gustav, Monteur
52. Vogel Paul, Mechaniker
53. Wolf Luise, Hausfrau
54. Werner Karl, Hilfskassenschreiber
55. Pöfel Wile, Hausfrau
56. Wieland Otto, Dreher
57. Hauffeld Wilhelm, Schlosser
58. Müller Karl, Schreiner
59. Dain Christian, Dreher
60. Knecht Luise, Malermeisterin

II. Wahlverzeichnisse

„Freie Bürgervereinigung“

1. Weber Friedrich, Stadtrat und Privat
2. Meier Leopold, Schlosser
3. Reich Karl, Stadtrat und Drechlermeister
4. Pöfel Wilhelm, Schreinermeister
5. Pöfel Gustav, Werkmeister
6. Kähler Philipp, Schlosser
7. Pöfel Karl, Maurer
8. Meier Ernst, Landwirt
9. Langinger Max, Bednermeister
10. Steinle Gustav, Müller
11. Bachmann Karl, Hauptlehrer
12. Stüb Gustav, Versicherungsbeamter
13. Leon Ludw., Landwirt u. Milchhändler, Aue
14. Ratt Wilhelm, Werkmeister
15. Schindel Ernst, Schlosser
16. Goldschmidt August, Bäckermeister
17. Meier Adam, Bremser
18. Frohmüller Heinrich, Kleidermacher
19. Eber Wilhelm, Landwirt
20. Wöckner Wilhelm, Schreiner
21. Benter Max, Bierbrauermeister
22. Dand Karl, Maurermeister
23. Schmitt Friedrich, Buchbinder
24. Kumpmann Frh. St. V. Assistent
25. Waig August, Metzger
26. Leberle W., Schlossermeister

III. Wahlverzeichnisse

Kommunistische Partei D.G. Durlach.

1. Weig Leopold, Polierer
2. Schumacher Karl, Waldhüter
3. Wind Otto, Maler
4. Jäger Karl, Schlosser
5. Weindrecht Otto, Reichsbahnbediensteter
6. Witzeshofer Max, Schreiner
7. Schabe Julius, Schlosser
8. Meier Frh. L. Dreher
9. Dalmus Christian, Schuhmacher

10. Kappler Friedrich, Schlosser, Aue
11. Schmidt Karl, Waldhüter
12. Meier Leonhard, Maschinenarbeiter
13. Meier August, Bäcker
14. Busch Heinrich, Polierer
15. Kober August, Dreher
16. Meier Karl, Maschinenarbeiter
17. Meier Friedrich II., Schlosser
18. Berggöb Karl, Fabrikarbeiter
19. Heiß Martin, Fabrikarbeiter
20. Haab Gustav, Dreher
21. Siebler Leonhard, Schlosser
22. Wöhler Valentin, Bäcker
23. Busch Gustav, Polierer
24. Busch Joseph, Schlosser
25. Meier Georg, Bandführer
26. Huber Wilhelm, Schreiner
27. Meier Heinrich, Schlosser
28. Müller Wilhelm, Hilfsarbeiter

IV. Wahlverzeichnisse

Freie bürgerliche Vereinigung

(Deutschnationalistische Volkspartei, Deutschliberale Volkspartei, Landbau- und freie bürgerliche Wirtschaftsgruppen)

1. Kleinber Friedrich, Handelsgärtner
2. Geel Jakob, Oberlehrer
3. Herrmann Wilhelm, Flechtmeister
4. Köfel Karl, Maurermeister
5. Krieger Philipp, Maurermeister u. Landwirt
6. Schneider August, Landwirt, Aue
7. Odenwald Gottlieb, Revisionsinspektor
8. Bauer Gustav, Flechtmeister
9. Meier August, Landwirt, Kronenstr. 9
10. König Friedrich, Bäckermeister
11. Eisele Friedrich, Wagnermeister
12. Menert Philipp Friedrich, Landwirt, Aue
13. Dr. Engler Adalbert, Fabrikdirektor
14. Joller Christian, Landwirt
15. Frau Wüst, Anna
16. Meier Gustav, Landwirt
17. Baumgärtner Josef, Rosenbandlung
18. Meier Frh. J., Landwirt, Kronenstr. 9
19. Postleiter Ludwig, W. H. S., Landwirt, Aue
20. Leber Emil sen., Architekt
21. Kumpmann Johann, Schreinermeister
22. Frick Christof sen., Landwirt
23. Seidinger Adam, Landwirt, Pfingststr. 55
24. Berggöb W. H., Maurer und Landwirt, Aue
25. Berggöb Robert, Eisenbahnassistent
26. Meier Ferdinand, Buchbinder
27. Meier Jakob, Landwirt
28. Kumpmann Friedrich, Schlossermeister
29. Kallner Theodor, Mechanikermeister
30. Kauls Wilhelm, Kaufmann

V. Wahlverzeichnisse

Deutsche Demokratische Partei.

1. Eiber Ludwig, Fabrikant
2. Born Wilhelm, Landwirt, Aue
3. Eichel August, Fabrikdirektor
4. Steger Peter, Landwirt
5. Semmler Adolf, Maurermeister
6. Gartner Wilhelm, Werkmeister
7. Menert Gustav, Werkmeister, Aue
8. Lehner Friedrich, Eisenrat
9. Schäfer Julius, Droger
10. Wehringer Gustav, Hilfskassenschreiber
11. Gellu Max, Viehhändler
12. Meier Friedrich, Landwirt, Aue
13. Paul Hermann, Architekt
14. Kammner Jakob, Verm.-Oberinspektor
15. Meier Wilhelm, Steinseher, Aue
16. Dümmel Friedrich, Kattulator
17. Meier Friedrich, Dreher, Aue
18. Schenkel Ludwig, Ingenieur
19. Frau Verta Leber-Mittelfig
20. Wiltner C., Prokurist
21. Berggöb Wilhelm, Zimmermeister, Aue
22. Hartmann Johann, Wagnermeister
23. Schlelein Karl, Mechaniker
24. Dümmel Georg, Architekt
25. Glaser Wilhelm, Schlosser, Aue
26. Ulmrich Karl, Werkmeister
27. Heilmann Georg, Mechaniker
28. Meier Leonhard, Fabrikant
29. Kumpmann Karl, Kaufmann
30. Menert Karl, Gemeindeführer, Aue
31. Denny Heinrich, Schneidermeister
32. Roos Albert, Küfermeister
33. Schäfer Karl Heinrich, Schlosser
34. Lettner Friedrich, Wirt

VI. Wahlverzeichnisse

„Zentrumspartei“

1. Scher Eugen, Weinbändler
2. Weiermann Andreas, Fabrikarbeiter
3. Pöfel Johann, Hauptlehrer
4. Busch Karl, Malermeister
5. Roth Rosa, Hauptlehrers-Gattin
6. Eismuth Johann, Maler, Aue
7. König August, Obermeister
8. Kuch Johann, Professor
9. Umgeheuer Karl, Werkmeister
10. Lohs Alois, Gerichtsverwalter
11. Scheib Johann, Kriegsbeschädigter
12. Wehmer Friedrich, Witwe
13. Scherbacher Julius, Wipfermeister
14. Wöhler August, Mechaniker
15. Meier Anton, Müller
16. Wöckner Georg, Oberstraßenmeister
17. Hofmeister Othmar, Schmied
18. Zimmermann Adolf, Maschinentechniker
19. Meier Adam, Maler

Die Wahl findet am

Sonntag, den 19. ds. Mts.,

von vorm. 9 Uhr bis nachm. 5 Uhr,

statt. Die Wahlbezirkeinteilung ist aus den Anschlägen an den Gemeindeführern hier und im Stadteil Aue zu ersehen. Gültig sind nur solche Stimmzettel, welche Namen von ein und derselben Wahlverzeichnisse enthalten. Die Aufnahme von Namen aus verschiedenen Wahlverzeichnissen oder von Namen, die auf keiner Wahlverzeichnisse stehen, machen die Stimmzettel ungültig.

Durlach, den 18. November 1922.

Der Oberbürgermeister.

Milch-Versorgung.

Der Kleinverkaufspreis für Vollmilch in hiesiger Stadt wird infolge erhöhter Betriebskosten mit Wirkung vom 18. ds. Mts. ab auf 64 Mark für den Liter erhöht.

Durlach, den 14. November 1922.

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Sttlinger Anzeigen.

Zaubenflugperre.

Das Abfliegen der Zauben ist der Zwölftagesfrist wegen bis auf Weiteres verboten. Uebertretungen werden nach § 143 des Reichsstrafgesetzbuchs und § 36 der Feldpolizeiverordnung streng bestraft. 3123
 Sttlingen, den 14. November 1922.
 Das Bürgermeisteramt.

Stattler Anzeigen.

Die Wahl der Gemeindeverordneten in der Stadt Sttlingen betr.

Nach Vorbericht des § 34 der Gemeindevahlordnung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß nachstehende 6 Wahlverzeichnisse für die Wahl der Gemeindeverordneten in der Stadt Sttlingen von dem hierzu gebildeten besonderen Wahlschluß als gültig festgestellt worden sind:

I. Vereinigte Sozialdemokratische Partei Sttlingen

1. Reinhold Reinhard, Geschäftsführer
2. Holbein Amalie, Ehefrau
3. Hemmer Johann, Geschäftsführer
4. Bauer Wilhelm, Schreiner
5. Wacker Alfred, Kaufmann
6. Ruff Karl, Kassenangehülter
7. Witzle Julius, Schriftföher
8. Glattfelder Otto, Gasmeister
9. Girdlmann Hermine, Ehefrau
10. Müller Otto, Postbetriebsassistent
11. Hölzer Hermann, Zimmermann
12. Heber Johann, Werkmeister
13. Heber Karl, Schreinermeister
14. Reiterbach Pauline, Ehefrau
15. Friederich Michael, Werkmeister
16. Kupferschmid Hermann, Gen.-Wahlmeister
17. Kugel Konrad, Müller
18. Ritsche Hermann, Werkmeister
19. Seiter Johann, Korarbeiter
20. Spath Gustav, Schreiner
21. Pfund Friedrich, Schriftföher
22. Wisse Gustav, Tapezier
23. Peter Franz, Maschinenmeister
24. Wühlinger Wilhelm, Schreiner
25. Bögele Emil, Gasarbeiter
26. Ropp Wilhelm, Landwirt
27. Meier Emil, Buchbinder
28. Thomen Julius, Angestellter
29. Sillertin Wilhelm, Bedner
30. Langenfelder Karl, Schreiner
31. Meier Albert, Fabrikant
32. Braun Karl, Werkmeister
33. Kleinhaus Dionys, Maschinenarbeiter
34. Müller Heinrich, Schlosser
35. Kahlisch Reinhold, Sortiermeister
36. Günther Wilhelm, Mechaniker
37. Reis Katharina, Ehefrau
38. Merzel Karl, Monteur
39. Oettinger Anton, Tapezier
40. Meier Friedrich, Bildhauer
41. Franz Gustav, Kassenbote
42. Traub Karl, Schreiner
43. Kraft Otto, Maschinenarbeiter
44. Scherer Franz, Postföher
45. Hoffmann Marie, Ehefrau
46. Köglermann Jakob, Schreiner
47. Rohus Josef, Schlosser
48. Weich Simon, Kunsttöpfer
49. Ruhn Luise, Ehefrau
50. Oberst Karl, Maler

II. Zentrumspartei Sttlingen

1. Peter Karl, Professor
2. Meier Karl, Milchfabrikant
3. Schierl Josef, Hauptlehrer
4. Niederbühl Julius, Kaufmann
5. Walz Anna, Ehefrau
6. Winter Franz, Sattler
7. Sandhaas Heinrich, Oberpostsekretär
8. Hilbert Albert, Fabrikant
9. Armbruster Emil, Hauptlehrer
10. Schweizer Gustav, Büroangestellter
11. Kraus Jakob, Kellner a. D.
12. Reiningger Karl, Malermeister
13. Reber Eugen, Eisenbahninspektor
14. Ruhn Anton, Bäckermeister
15. Jäger Verla
16. Ruhn Wilhelm, Buchdruckermeister
17. Waig Friedrich, Bednermeister
18. Schierl Josef, Hauptlehrer
19. Krauß Heinrich, Postassistent
20. Hofmann Ernst, Flechtmeister
21. Zimmermann Erwin, Mechaniker
22. Schuberger Albert, Geschäftsführer
23. Ohnibus Friedrich, Stellwerkmeister
24. Stude Dr. Georg, Realschuldirektor
25. Jäger Karl, Baumeister
26. Wagner Willy, Justizobersekretär
27. Adam Simon, Gastwirt
28. Emmert Karl, Schlossermeister
29. Gartner Ferdinand, Landwirt
30. Striegel Elisabeth
31. Tränkel Karl, Schlossermeister
32. Bing Josef, Gärtner
33. Tremmel Ludwig, Tapezier
34. Haig August, Milchfabrikant
35. Kistler Heinrich, Bäcker
36. Reinhard Heinrich, Privat
37. Haig Otto, Ofenfabrikant
38. Reinbuch Lina, Kaufmanns-Ehefrau
39. Meiß Karl, Brenner
40. Gertler Heinrich, Kaufmann
41. Hud Heinrich, Malermeister
42. Kumpmann Philipp, Bäckermeister
43. Kunz Nikolaus, Lokomotivführer
44. Grün Anton, Obermüller
45. Greiser Wilhelm, Zimmermann
46. Schmitt Franz, Angestellter
47. Denu Philipp, Schreiner
48. Weßner Karl, Metzgermeister
49. Winkler August, Uhrmacher
50. Krebs Franz, Sattler
51. Kistler Otto, Malermeister
52. Ripp Emil jun., Kaufmann
53. Krieg Josef, Pfälzermeister

III. Deutsche Demokratische Partei Sttlingen

1. Fried Karl, Kaufmann
2. Franz Karl, Glasmeister
3. Bissig Karl, Professor
4. Weß Jakob, Kaufm. Angestellter

5. Meier Eugen, Hauptlehrer
6. Steierl Wilhelm, Fabrikant
7. Weß Mathilde, Ehefrau
8. Kasper Emil, Kaufmann
9. Leutle August, Oberpostsekretär
10. Müller Josef, Eisenbahninspektor
11. Rauer Jakob, Fabrikant
12. Rauer Josef, Kaufmann
13. Köpfer Emanuel, Fabrikant
14. Vogel Wida, Telegraphenassistentin
15. Weber Karl, Kaufmann
16. Lettermann Ludwig, Architekt
17. Ertel Otto, Kaufmann
18. Meier August, Baumaterialien-Geschäft
19. Schwab Martin, Druckereibesitzer
20. Döngelberger Georg, Eisenbahninspektor
21. Döngelberger Friedrich, Hauptlehrer
22. Meier Otto, Sattlermeister
23. Humann Emil, Stabsarzt-Beamter
24. Meier Wilhelm, Malermeister
25. Steiger Jakob, Gastwirt
26. Meier August, Architekt
27. Apin Amelie, Ehefrau
28. Meier August, Malermeister
29. Morlok Ludwig, Metzgermeister
30. Meier Wilhelm, Schreinermeister
31. Rauer Philipp, Drechlermeister
32. Kömel Josef, Oberpostsekretär
33. Dimmel Franz, Schmiedmeister
34. Meier Wilhelm, Urteilschreiber
35. Günther Gustav, Bandführer
36. Bergsprach Adolf, Kaufmann
37. Heßrich Christian, Kaufm. Angestellter
38. Weß Wilhelm, Kriminalsekretär
39. Dorn Friedrich, Schneidermeister
40. Roth Franz, Rechtsanwalt

IV. Kommunistische Partei Deutschlands

Ortsgruppe Sttlingen

1. Weig Karl, Schlosser
2. Stemmler Rosa, Arbeiterin
3. Waig Josef, Zimmermann
4. Zier Anna, Ehefrau
5. Meier Friedrich, Schreiner
6. Jäger Wilhelm, Arbeiterin
7. Armbruster Johann, Fabrikarbeiter
8. Döngelberger Georg, Eisenbahnarbeiter
9. Krauß Heinrich, Bäcker
10. Schumacher Friedrich, Schlosser
11. Ritsche Kathias, Dachdecker
12. Koch Bernhard, Schlosser
13. Köpfer Emil, Zimmerer
14. Baumann Karl, Dreher
15. Popp Georg, Schlosser
16. Stämpel Theodor, Schreiner
17. Meier Albert, Maschinenarbeiter
18. Müller Daniel, Arbeiter
19. Schürmeier Hermann, Monteur
20. Ruff Wilhelm, Bedner
21. Kurz Eduard, Bedner
22. Schmid Wilhelm, Hilfsarbeiter

V. Deutsche (liberale) Volkspartei Sttlingen

1. Jöckl Frh., Fabrikant
2. Ebel Ernst, Bäckermeister
3. Schulmayer Max, Rechtsanwalt
4. Frech Emma, Geh. Regierungsrat-Witwe
5. Kirchgänger Josef, Hauptlehrer
6. Degler Eduard, Architekt
7. Donesch Elisabeth, Privat
8. Riffel Richard, Kolporteur und Tapezier
9. Kacher Bruno Dr. med. u. Gen.-D. Arzt a. D.
10. Haig Adolf, Speideler
11. Schneiderbanger Karl, Gastwirt
12. Grammelspacher Frh., Kaufmann
13. Kroll Georg, Postföher
14. Greifer Hermann, Privat
15. Jäger Wille, Kaufmann
16. Witzle Otto, Betriebsverwalter
17. Lehmann Theodor, Fabrikant
18. Franke Rudolf, Zeughauswaffenmeister a. D.

VI. Bürgervereinigung Sttlingen

1. Meier Otto, Maurermeister
2. Meier Julius, Landwirt
3. Kähler Josef, Weinhändler
4. Gartner Wilhelm, Landwirt
5. Dimmel Leopold, Korarbeiter
6. Döngel Wida, Ehefrau
7. Meierle Anna, Landwirt
8. Meier Leopold, Landwirt
9. Fröh Karl, Müller
10. Kallinger Emil, Landwirt
11. Erzmuel Adolf, Landwirt
12. Dimmel Josef, Landwirt
13. Günth Adolf, Landwirt und Kaufmann
14. Koch Franz, Schreiner

Indem wir auf unsere Bekanntmachung vom 2. ds. Mts. Bezug nehmen, weisen wir nachmalig darauf hin, daß die Wahl der Gemeindevahlverordneten, Bezirksräte und Kreisverordneten in der Stadt Sttlingen

am Sonntag, den 19. November ds. Jrs.

von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags stattfindet und zwar für den I. und II. Bezirk in der Frühstunde (großer Saal) und für die übrigen Bezirke im 2. Stadtsaal.

Gültig sind nur solche Stimmzettel, welche Namen von ein und derselben Wahlverzeichnisse enthalten. Die Aufnahme von Namen aus verschiedenen Wahlverzeichnissen oder von Namen, die auf keiner Wahlverzeichnisse stehen, macht den Stimmzettel ungültig.

Weiter sind ungültig Stimmzettel,

1. welche nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben werden sind,
2. welche nicht von weißem oder weißlichem Papier sind,
3. welche mit einem Kennzeichen versehen sind,
4. welche eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Wählern enthalten, oder
5. auf welchen alle Namen gestrichen sind oder welche keinen lesbaren Namen enthalten.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene, gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, von einander abweichende Stimmzettel sind sämtlich ungültig.

Sttlingen, den 14. November 1922.

Das Bürgermeisteramt.

K n e r e r. Humann.